

Datum:

07.01.2003

Ressort:

Blickpunkt

Autor:

Thomas Schuler

Seite:

03

Der lange Krieg

In Kolumbien bekämpfen sich linke Guerillas, rechte Paramilitärs und Regierungstruppen. Finanziert wird der Konflikt auch mit Geldern aus den USA

BOGOTÁ, im Januar. Eine Fahrt ans Meer kann aufregend sein. In Kolumbien liegt das weniger am Meer, als an der Fahrt dorthin. Viele Straßen werden von Guerillas kontrolliert; wer aussieht, als könnte er irgendjemandem ein Lösegeld wert sein, läuft Gefahr, entführt zu werden. Deshalb war für Hunderttausende Kolumbianer eine Fahrt ans Meer das schönste Weihnachtsgeschenk, das ihnen ihr Präsident machen konnte. Seit Jahren hatten es die Kolumbianer aufgegeben, durchs Land zu fahren. Wer es sich leisten konnte, flog. Die anderen blieben zu Hause, weil eine Fahrt zu unsicher war.

Weihnachten aber ordnete Präsident Alvaro Uribe an, dass mehr als 25 000 Polizisten und 20 000 Soldaten auf Motorrädern, in Jeeps, Panzern und Helikoptern rund 8 000 Kilometer Straßen bewachen sollen - in einem Land, das so groß ist wie Frankreich und Spanien zusammen. Die Bürger nahmen das Angebot dankbar an. Nach Schätzungen fuhren mehr als 3,5 Millionen Fahrzeuge durchs Land; viele davon von **Bogota** ans Meer.

Manche der Auto-Karawanen waren mehr als zwölf Stunden unterwegs, die Menschen schwenkten Fahnen aus den Autofenstern, sie hupten und auf Transparenten stand: "Lang lebe Kolumbien." Hotels in der Karibik, die sonst nicht mal halb ausgelastet sind, meldeten plötzlich, sie seien ausgebucht. Fast schien es, als sei für ein paar Tage Frieden in Kolumbien.

Dass der Bürgerkrieg das Land beherrscht, daran erinnerte ein Video, das im Fernsehen zu sehen war. Eine Botschaft von entführten Parlamentariern. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt, ein ehemaliger Verteidigungsminister, Regional- und Bundespolitiker werden seit April an einem unbekanntem Ort im Dschungel festgehalten. Sie wirkten müde, als sie einer nach dem anderen auf dem Bildschirm erschienen und ihren Angehörigen eine Frohe Weihnacht wünschten. Gemeinsam baten sie Uribe, sie gegen gefangene Guerillas der linken FARC einzutauschen. Uribe lehnte ab. So wie er solche Angebote in der Vergangenheit stets abgelehnt hatte.

Uribe regiert mit Notstandsgesetzen. Menschenrechtsgruppen werfen ihm vor, er habe Bürgerrechte ausgehöhlt. Doch laut Umfragen bewerten Kolumbianer erstmals seit Jahren die Entwicklung positiv - auch wenn eine Eskalation des Bürgerkrieges erwartet wird. Im Mai haben die Kolumbianer mit Alvaro Uribe einen Mann zum Präsidenten gewählt, dessen Politik unweigerlich auf eine blutige Konfrontation mit den Guerillas hinausläuft. Uribes Vorgänger Andres Pastrana war 1998 gewählt worden, weil er Frieden versprach. Alvaro Uribe wurde gewählt, weil er Krieg versprochen hat. Pastrana hatte den Guerillas ein Stück Land von der Größe der Schweiz überlassen - danach musste er zusehen, wie die Guerillas in diesem Teil des Landes Plantagen zum Kokainanbau unterhielten und Menschen entführten - um an Geld zu kommen. Als sie im Februar ein Flugzeug mit einem Senator an Bord entführten, brach Pastrana den Friedensprozess ab und schickte Militär.

Nach Pastranas gescheitertem Friedensprozess sei Krieg gegen die linken Rebellen und rechten Paramilitärs der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit, sagte Uribe. Während Uribes Amtseinführung im August schlugen Bomben in der Nähe des Regierungssitzes ein und töteten neunzehn Menschen. Das war das Zeichen der Guerillas, dass sie den Kampf mit dem neuen Präsidenten aufnehmen wollen. Uribe war Bürgermeister der ehemaligen Drogenhochburg Medellin und ist Kampf gewohnt. Er hat eine Kriegssteuer erlassen, vierzehn Botschaften und zehn Konsulate geschlossen, um den Militäretat zu verdoppeln und Polizei und Militär um 100 000 Mann aufzustocken. Zehntausende von Bürgern hat er zu Spitzeln gemacht. Seit seiner Amtsübernahme starben bei Gefechten und Anschlägen fast doppelt so viele Menschen wie im Vorjahreszeitraum. Mehr und mehr verlagern sich die Kämpfe in große Städte.

Wie verstrickt die Situation in Kolumbien ist, wird am Schicksal jener drei Männer deutlich, die den Krieg mit ihren Truppen führen. Dem neuen Präsidenten, Alvaro Uribe. Dem Führer der linken Guerillas FARC, Manuel Marulanda, und dem Führer der rechten Paramilitärs, Carlos Castano. Manuel Marulanda verlor Kühe, Schweine und Hühner, als Regierungstruppen vor vierzig Jahren das Land verwüsteten, das er und andere arme Bauern besiedelten. Unter dem Eindruck von Castros Revolution auf Kuba griffen sie zu den Waffen - und kämpften seit 1964 dafür, die Regierung zu stürzen und das Land neu zu verteilen.

Alvaro Uribes Vater war ein Großgrundbesitzer, ihm gehörten bis zu siebzig Farmen - die Rebellen ermordeten ihn 1983, weil er für sie zum Establishment gehörte. Rebellen waren es auch, die Uribe mit Todesdrohungen daran hinderten, am Begräbnis seiner Mutter teilzunehmen. Während des Wahlkampfes versuchten Uribes Gegner ihm Verbindungen zu Drogendealern nachzuweisen, weil sein Vater mit einem von ihnen persönlich bekannt war - beide waren Pferdliebhaber. Bei einem ehemaligen Bürgermeister der Drogenhauptstadt Medellin sind solche Kontakte in der Familie nichts Besonderes. Uribes Politik ist aus einem anderen Grund bedenklich: wegen seiner engen Zusammenarbeit mit den Paramilitärs.

Die Paramilitärs verdanken ihre Gründung der Ermordung von Castanos Vater. Als die Rebellen ihn vor zwanzig Jahren entführt und - weil die Familie kein Lösegeld zahlen konnte - getötet hatten, schwor sein Sohn Fidel Rache und gründete die berüchtigte Todestruppe. 1994 starb Fidel Castano im Kampf mit Rebellen; sein jüngerer Bruder Carlos übernahm die Führung.

Kolumbien gilt als älteste Demokratie in Südamerika. Doch meist wurde das Land von politischer Gewalt und Bürgerkriegen geplagt. Auch heute stehen sich Menschen gegenüber, die ihr ganzes Leben nichts Anderes kennen gelernt haben als Bürgerkrieg

und ihr Selbstbewusstsein aus der Zugehörigkeit zu einer der Kämpfertruppen ziehen. Die illegalen Armeen finanzieren mit Drogen ihren Krieg - neunzig Prozent des Kokains in den USA stammen aus Kolumbien. Auf Zivilisten nehmen die Armeen keine Rücksicht. Mehr als einhundert Städte werden von den Kämpfern beherrscht, schutzlos sind die Menschen ihnen ausgeliefert. Guerillas zwingen Zivilisten mit Waffengewalt, ihnen zu helfen. Andernfalls würden sie ihre Familie töten. Paramilitärs hören davon und bringen die Zivilisten um, weil sie den Guerillas halfen. Es ist ein nicht endender Kreislauf der Gewalt und Präsident Uribe soll ihn nun endlich durchbrechen.

Offiziell kämpft Uribe gegen linke Guerillas und die rechten Militärs. Tatsächlich aber kämpfen die Paramilitärs auf seiner Seite gegen die 17 000 Guerillas. Uribe ist dabei auf Geld aus Washington angewiesen. Die Regierungstruppen erhalten Millionen Dollar aus den USA, um den Drogenanbau zu bekämpfen. Die linken Rebellen bauen Drogen an. Also kann Uribe sie mit amerikanischen Geldern bekämpfen. So weit ist es einfach. Kompliziert aber ist die Situation, weil auch ein Teil der Paramilitärs sich durch Drogengelder finanziert. Immerhin kosten die 15 000 Paramilitärs monatlich rund 4,5 Millionen Dollar.

Lange Zeit hat die amerikanische Regierung zugesehen. Doch als Uribe im September Washington besuchte und um mehr Unterstützung bat, haben die USA drei Paramilitärs zur Fahndung ausgeschrieben, darunter auch ihren Boss Carlos Castano. Die Paramilitärs würden sich als Friedenskämpfer darstellen, sagte der amerikanische Justizminister John Ashcroft. In Wirklichkeit seien sie jedoch "Kriminelle, die unsere Bürger vergiften und unsere nationale Sicherheit gefährden". Mehr als siebzehn Tonnen Kokain hätten sie seit 1997 in die USA geschafft. Castano schrieb der amerikanischen Botschaft, er stelle sich gerne freiwillig, um seine Unschuld zu beweisen. Im vergangenen Jahr veröffentlichte er eine Biografie und schrieb, es sei traurig, dass seine Truppen sich aus Drogengeldern finanziert hätten. Seine Reue ist dabei nicht ohne Eigennutz. Es geht das Gerücht, Castano bereite einen legalen Einstieg in die Politik vor. Dass er gestattet, Drogenanbaugelände der Paramilitärs zu vernichten, soll ihn in den Augen der USA akzeptabel machen.

Bereits vor einem Jahr hatte Castano angekündigt, seine Soldaten würden keine so genannten Massaker - laut Definition der Regierung: die Ermordung von vier oder mehr Zivilisten - mehr anrichten. Nach offizieller Darstellung hat er Wort gehalten. In Wirklichkeit richten die Paramilitärs nun keine Gemetzel mehr an, sondern morden Nacht für Nacht einen anderen Sympathisanten der Guerilla. Ein einzelner Mord aber ist keine Nachricht - und deshalb nie passiert. Die Zahl der Massaker ist gesunken, die der Opfer der Paramilitärs gestiegen. In Washington wurden im Kongress zwar Befürchtungen über "ein weiteres Vietnam" in den Anden laut. Aber im vierten Jahr, in dem sich die USA nun schon mit massiver Finanzhilfe am Krieg beteiligen, engagieren sie sich stärker als je zuvor: Rund zwei Milliarden Dollar haben die USA seit dem Jahr 2 000 in den Kampf gegen Drogen gesteckt. Jahrelang haben sie betont, sie würden nur den Kampf gegen den Drogenanbau finanzieren. Doch im November sind erstmals amerikanische Militärberater in Kolumbien eingetroffen, um eine Einheit im Kampf gegen die Rebellen auszubilden.

In den nächsten zwei Jahren werden sechzig US-Militärs 4 000 Kolumbianer ausbilden; Armee und Polizei erhielten 130 Helikopter. Im Dezember besuchte Außenminister Colin L. Powell das Ausbildungslager und versprach, er werde sich im Kongress dafür einsetzen, dass die 2003 um 25 Prozent auf 537 Millionen Dollar erhöhte Finanzhilfe 2004 nochmals erhöht werde.

Die von den USA ausgebildete Truppe soll künftig die Öl-Pipeline im Osten des Landes verteidigen, die von der amerikanischen Firma Occidental betrieben wird. Die Rebellen betrachten Occidental als Symbol des amerikanischen Imperialismus und haben die Pipeline seit Anfang der 80er-Jahre knapp tausend Mal bombardiert. Sie stehlen Öl und handeln damit auf dem Schwarzmarkt. Weihnachten sprengten Rebellen einen Bus in die Luft, der Arbeiter an die Ölfelder bringen sollte - zwei Arbeiter starben. Kolumbien bezieht ein Viertel seiner Einnahmen aus dem Ölgeschäft; im vergangenen Jahr entgingen dem Staat durch die Anschläge fünfhundert Millionen Dollar.

Ein eskalierender Konflikt bedroht auch amerikanische Ölinteressen. Bislang importieren die USA rund zwanzig Prozent ihres Ölbedarfs aus Venezuela, Ecuador und Kolumbien. Wie der Bürgerkrieg in Kolumbien weitergehen wird, ist ungewiss - doch eines scheint sicher: Die USA werden ihren Einfluss weiter verstärken.